



## Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 03.07.2017

### Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 14.03.2017, 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Michael Paetzold	SPD	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU	
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE	
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE	
Frau Bettina Houben	FDP	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	vertritt Frau Gärtner, Ursula

#### Beratende Mitglieder

Herr Günter Witzmann	AfD
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. med Martin Theisoñ	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

#### Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Herr Johannes Feyrer	

Frau Ilka Fleer  
Frau Dagmar Göring  
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller  
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner  
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau  
Frau Dr. Simone Schmidt  
Herr Jörg Simon  
Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

### **Schriftführer**

Herr Volker Kaune

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Ursula Gärtner CDU wird vertreten von Herrn Dr. Gutzeit, Walter

### **Beratende Mitglieder**

Frau Elke Bussmann SPD  
Herr Ulrich Krüger Bürgerzentrum Ehrenfeld  
Herr Jens Paaßen auf Vorschlag der CDU  
Herr Hartmut Steffens auf Vorschlag der CDU

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna begrüßt die Anwesenden. Es wird darum gebeten, die Tagesordnungspunkte 6.7 und 6.8 erst in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zu beraten. Die Tagesordnungspunkte 6.1, 6.3 und 6.4 werden gemeinsam unter Tagesordnungspunkt 6.1 beraten.

Die Tagesordnung wird daher einstimmig wie folgt festgelegt:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

A) Apotheken- und Arzneimittelüberwachung

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Schutz von Kindern jugendamtsbekannter Eltern, die illegale Drogen konsumieren, bzw. sich in Substitutionsbehandlung befinden  
0051/2017  
0427/2017

2.2 Mündliche Anfrage von RM Dr. Strahl in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 24.01.2017  
0511/2017

#### 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Erhöhte Feinstaubbelastung durch die Braunkohleverbrennung im Heizkraftwerk Merkenich  
AN/0168/2017

3.2 Psychosoziale Betreuung und Plätze in der Substitutionsbehandlung  
AN/0277/2017

#### 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anbindung von privaten Rettungswagen zur Notfallrettung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr  
AN/0274/2017/1

4.1.1 Anbindung von privaten Rettungswagen zur Notfallrettung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr  
0682/2017

#### 5 Beschlussvorlagen

5.1 Luftreinhalteplanung Stadt Köln  
3786/2016

- 5.2 Neubau einer Rettungswache  
Stadtteil Worringen, St. Tönnis-Straße  
hier: Grundsatz- und Planungsbeschluss  
1128/2016
- 5.3 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017  
0544/2017
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen -  
12. Bericht  
0213/2017  
Wird gemeinsam mit TOP 6.3 und 6.4 beraten.
- 6.2 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 2  
(Lose 4a und 4b)  
Hier: Kombiniertes Planungs- und Baubeschluss zur Kenntnisnahme  
0343/2017
- 6.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Fachtagung „Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf“ am 16.09.2016  
0592/2017  
Wird gemeinsam mit TOP 6.1 und 6.4 beraten.
- 6.4 13. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
0678/2017  
Wird gemeinsam mit TOP 6.1 und 6.3 beraten.
- 6.5 Beantwortung der mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 28.11.2016 zum TOP 1.1 zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"  
0187/2017
- 6.6 A Einführung des Berufsbildes "Notfallsanitäter (in)" in Rettungsdienst und Feuerwehr Köln  
  
B Nutzung des Verwaltungsgebäudes "Boltensternstraße 10" als Interim für den Schulbetrieb und für die Branddirektion während der Sanierungshochphase am Standort Scheibenstraße  
0777/2017
- 6.7 Vereinfachung des Verfahrens zur Ersatzbeschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern  
3453/2016  
Wird in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses beraten.

- 6.8 Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen - Stand der Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.01.2017, Vorlage 2768/2016 0754/2017  
Wird in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses beraten.

**7 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11 Beschlussvorlagen**

- 11.1 Prüfbericht - Prüfung von VOB Vergaben auf Grundlage der Vergaberichtlinien der Kliniken der Stadt Köln gGmbH und den geltenden Rechtsvorschriften  
0129/2017

**12 Mitteilungen**

**13 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### A) Apotheken- und Arzneimittelüberwachung

Frau Dr. Schmidt und Frau Fleer / Arzneimittel-, Apotheken- und Gefahrstoffüberwachung des Gesundheitsamtes erläutern anhand einer der Niederschrift beigelegten Präsentation die Aufgaben dieses Bereiches.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, fragt, warum die Begehung alle 4 Jahre stattfände, wenn die Begehung im Tierbereich alle 2 Jahre erfolge. Außerdem bitte er um Auskunft, welche Kosten für die Begehung vom Betreiber zu tragen seien.

Die Verwaltung erläutert, dass sich das Begehungsintervall aus einer Landesverwaltungsvorschrift ergäbe und bei einer Regelbegehung Kosten in Höhe von 538 € anfallen.

SB Frau Houben fragt nach der Überprüfung von Betäubungsmitteln in Senioreneinrichtungen.

Hier wird dargestellt, dass die Zuständigkeit in diesem Bereich etwas schwierig sei, da die Mittel rechtlich nicht von der Einrichtung gelagert, sondern lediglich für die Bewohner aufbewahrt würden. Anlassbezogene Begehungen bei vermuteten Missständen würden in Zusammenarbeit mit der Heimaufsicht durchgeführt. Senioreneinrichtungen, die von Apotheken beliefert würden, müssten von den belieferten Apotheken 2 mal jährlich begangen werden.

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

##### 2.1 Schutz von Kindern jugendamtsbekannter Eltern, die illegale Drogen konsumieren, bzw. sich in Substitutionsbehandlung befinden 0051/2017 0427/2017

RM Herr Dr. Strahl lobt, dass durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure die Zahl der erreichten Kinder gestiegen sei.

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Antwort.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

##### 2.2 Mündliche Anfrage von RM Dr. Strahl in der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 24.01.2017 0511/2017

RM Herr Dr. Strahl weist darauf hin, dass er der Antwort zur Umsetzung des Toilettenkonzeptes entnehme, dass es wohl 5 Bestandsstandorte gäbe, die bei einer regelmäßigen Begehung durch die KGAB (Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH) grundsätzlich nutzbar seien. Er fragt, ob eine solche Maßnahme auch bei den Standorten helfen würde, die als nicht geeignet klassifiziert worden seien.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, kann zur konkreten Frage keine Antwort geben, weist aber darauf hin, dass die Frage möglicher Maßnahmen regel-

mäßig Thema bei den Ordnungspartnerschaften sei, die Polizei allerdings unabhängig entscheide. Maßnahmen würden aber der aktuellen, jeweiligen Situation angepasst.

RM Herr Paetzold weist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, sich mit der Drogenproblematik im Wiener Platz und an der Trimbornstr. zu befassen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erläutert, dass das Drogenkonzept komme, eine Umsetzung aber zunächst am Neumarkt erfolge. Die dort gemachten Erfahrungen flössen dann in die Umsetzung an anderen Standorten ein. Zur von SE Frau Hane-Knoll erfragten Zeitschiene der Umsetzung am Neumarkt hoffe er auf einen Abschluss eines Mietvertrages noch im Laufe des März und einem Start noch in diesem Jahr.

SE Herr Dr. Theiso merkt an, dass es gerade für Senioren und Schwangere wichtig sei, dass es nutzbare, öffentliche Toiletten gäbe. Er schlage vor, zu prüfen, ob die Toiletten nicht so ausgestattet sein könnten, dass ein Drogengebrauch dort erschwert sei (Beleuchtung etc.).

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, äußert, dass es eine solche Prüfung relativ erfolglos bereits gegeben habe und es aus seiner Sicht Sinn mache, zunächst das Drogenkonzept am Neumarkt umzusetzen, um damit den Druck von den öffentlichen Toiletten in diesem Bereich (Krebsgasse) zu nehmen. Dieser Aussage schließt sich Herr Stadtdirektor Dr. Keller an.

RM Herr Dr. Strahl bittet darum, auch Toilettenstandorte, die aufgrund der Drogenproblematik zunächst abgelehnt worden seien, nach Umsetzung des Drogenkonzeptes erneut zu prüfen.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Erhöhte Feinstaubbelastung durch die Braunkohleverbrennung im Heizkraftwerk Merkenich AN/0168/2017**

Herr Beigeordneter Dr. Rau kündigt eine mündliche Teilantwort durch den Abteilungsleiter Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herrn Prof. Dr. Wiesmüller, an, stellt aber eine schriftliche Gesamtantwort in Aussicht.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller beantwortet den Part des Gesundheitsamtes mündlich. Der Text wird Bestandteil der von der Antragstellerin erbetenen schriftlichen Gesamtbeantwortung.

#### **3.2 Psychosoziale Betreuung und Plätze in der Substitutionsbehandlung AN/0277/2017**

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, antwortet auf die gestellten Fragen, dass 1) sich zum Stichtag 01.04.2016 in Köln 2.269 Personen in einer Substitutionsbehandlung befunden hätten. 2) Es gebe keine Möglichkeiten zur systematischen Bedarfserfassung im medizinischen Versorgungssystem durch das Gesundheitsamt oder andere Stellen. Allerdings tausche man sich mit den substituierenden Ärztinnen und Ärzten u.a. in Qualitätszirkeln aus, um zeitnah auf eventuelle Engpässe und Veränderungen reagieren zu können. 3) Die Frage der Wartezeiten sei extrem komplex,

da dies keine Dienstleistung aus einer Hand sei, im Zusammenhang mit der psychosozialen Begleitung zu sehen sei und zudem das Problem der komplexen Finanzierung (SGB V oder SGB XII oder auch privat bezahlte) auftrete. 4) Hier gebe es sowohl bei den 4 vorhandenen Ambulanzen als auch bei den substituierenden Ärztinnen und Ärzten kein einheitliches Bild. Genaue Zahlen würden aber aktuell durch die Sozialverwaltung bei den einzelnen Trägern erfragt und dem Ausschuss anschließend schriftlich mitgeteilt. 5) Die psychosoziale Betreuung sei keine Leistung der Krankenversicherung sondern allenfalls der Eingliederungshilfe bzw. müsse privatfinanziert werden.

SB Frau Röhrig bittet um eine schriftliche Antwort.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **4.1 Anbindung von privaten Rettungswagen zur Notfallrettung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr AN/0274/2017/1**

Der Gesundheitsausschuss beschließt, den Antrag mit der Maßgabe zu führender Gespräche zwischen dem Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz und dem Betreiber des privaten Rettungswagens zurückzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

##### **4.1.1 Anbindung von privaten Rettungswagen zur Notfallrettung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr 0682/2017**

SB Frau Houben zeigt sich enttäuscht über die formale Stellungnahme. Sinn und Zweck des Antrages sei es gewesen, die Versorgung der Bevölkerung und die Arbeitsbedingungen der Rettungskräfte zu verbessern. Es sei nach ihren Informationen in Berlin schon vorgekommen, dass zwischen Alarmierung und Einsatz 17 Minuten vergangen seien. So etwas müsse in Köln unbedingt verhindert werden. Sie bittet die Verwaltung, nochmals darüber nachzudenken.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Verwaltung über den Antrag abschließend nachgedacht habe, aber das Haupthindernis für einen planmäßigen Einsatz darin gesehen habe, dass der entsprechende Wagen nicht 24 Std. zur Verfügung stehe, weil er vertraglich gebunden und deshalb nicht einplanbar sei. Somit sei ein Einsatz höchstens bei Bedarfsspitzen möglich, wenn das Unternehmen die Einsatzbereitschaft der Leitstelle melden würde. Weiterhin gebe es einen Beschluss des Hauptausschusses, dass die Vergabe der Einsätze an Hilfsorganisationen zum Thema habe und deshalb Einzelbeauftragungen rechtlich nicht zulässig seien.

Nach Auskunft von SE Herrn Gaida sei es die Intention des Fahrzeugbetreibers, dieses Fahrzeug vollständig für den Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr zur Verfügung zu stellen und dass dafür ein öffentlich-rechtlicher Vertrag möglich sei.

Nach Auskunft von Herrn Stadtdirektor Dr. Keller unterliege auch ein solcher Vertrag dem Vergaberecht.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, RM Herrn Dr. Unna, soll nochmals ein Gespräch zwischen Betreiber und dem Rettungsdienst stattfinden und im Ausschuss über das Ergebnis berichtet werden. Herr Stadtdirektor Dr. Keller bittet darum, dass das Unternehmen auf den Rettungsdienst zukomme.

Die FDP-Fraktion stellt ihren Antrag solange zurück.

## **5 Beschlussvorlagen**

### **5.1 Luftreinhalteplanung Stadt Köln 3786/2016**

Die Vorlage wird ohne Votum zur Beratung in die folgenden Gremien verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Votum zur Beratung in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

### **5.2 Neubau einer Rettungswache Stadtteil Worringen, St. Tönnis-Straße hier: Grundsatz- und Planungsbeschluss 1128/2016**

RM Herr Dr. Strahl fragt an, ob die Kosten des Gebäudes 810.000 € (Gesamtkosten 674.000 € + 20 % Unwägbarkeitszuschlag) nicht übersteigen würden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass die 20 % Zuschlag bereits in den 674.000 € enthalten seien, es sich aber grundsätzlich zum jetzigen Zeitpunkt der Vorplanung um Schätzungen handele.

#### **Beschluss:**

1. Der Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Planung zum Neubau einer Rettungswache in Köln Worringen an der St.Tönnis-Straße mit geschätzten Gesamtkosten von ca. 674.000 Euro (Grobkostenermittlung mittels Baukostenkennwerten zzgl. 20% für Unwägbarkeiten) mit anteiligen Planungskosten in Höhe von ca. 150.000 Euro zu beginnen.
2. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt aus bereits veranschlagten Mitteln i.H.v. 500.000 € im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-6-5535 „Neubau Rettungswache Worringen“, welche im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 im Haushaltsjahr 2017 erneut bereitgestellt werden. Die Finanzierung der darüber hinaus benötigten Mittel i.H.v. 174.000 € erfolgt durch Umschichtungen veranschlagter Mittel 2017 innerhalb des Teilfinanzplans 0212.
3. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Planungsmittel i.H.v. 150.000 € im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-6-5535 „Neubau Rettungswache Worringen“ im Haushaltsjahr 2017.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt (Punkt 1) und in den weiteren Punkten einstimmig ungeändert zur Beschlussfassung in Finanzausschuss empfohlen.

### **5.3 Feinkonzept zur Umsetzung von Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung und überplanmäßige Mittelbereitstellung 2017 0544/2017**

Auf Bitten von RM Herr Paetzold wird die Vorlage ohne Votum zur Beratung in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Votum zur Beratung in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Aktuelle Informationen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - 12. Bericht 0213/2017**

Diese Mitteilung wird gemeinsam mit den Mitteilungen unter 6.3 und 6.4 behandelt.

SE Herr Edis bedankt sich für den 13. Bericht. Er fragt zur Arbeitsgruppe 4 (Seite 26) der Veranstaltung vom 16.09 nach, inwiefern dort die Situation der Gehörlosen Thema gewesen sei. Weiterhin fragt er noch nach der Arbeitsgruppe 5 (Psychische Belastungen und Traumata) und wie die Verwaltung den gestiegenen Bedarf an psychosozialer Versorgung einschätze.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

SE Herr Edis bittet um nähere Informationen zum auf Seite 21 unter Punkt 2.2.2.6 erwähnten, aus den Erfahrungen des Projektes der kinder- und jugendärztlichen „Fachärztlichen Beratung in Flüchtlingsunterkünften“ entwickelte Konzept für eine multiprofessionelle Clearingfunktion. Dieses sei zum 19.01.2017 eingeführt worden.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, weist darauf hin, dass sich die ersten Fragen auf Empfehlungen in der Veranstaltung vom 16.09.2016 (Top 6.3) bezögen. Die konkreten Beantwortungen ergäben sich aus dem vorliegenden Bericht. Das Thema Gehörlose habe bei den vielen Besuchen des multiprofessionellen Teams in den Gemeinschaftsunterkünften bisher keine Rolle gespielt. Das Projekt „Fachärztlichen Beratung in Flüchtlingsunterkünften“ sei im Gesundheitsausschuss am 16.09.2016 vorgestellt worden.

Die übrigen Fragen würden gemeinsam von Gesundheitsamt und Diversity schriftlich beantwortet.

Sie bittet Herrn Edis darum, Informationen und Kontakte zum Thema Gehörlose zur Verfügung zu stellen. Herr Edis sagt dieses zu.

SE Herr Dr. Theisohn fragt, ob es eine Übersicht gäbe, wie lange sich die Geflüchteten in Notunterkünften befänden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt zu, dass die Verwaltung Statistiken über die mittlere Aufenthaltsdauer in den Notunterkünften zur Verfügung stelle.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs, Bauabschnitt 2 (Lose 4a und 4b)  
Hier: Kombiniertes Planungs- und Baubeschluss zur Kenntnisnahme  
0343/2017**

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, fragt, ob die Straße auf den Kalkberg bleiben könne oder ob sie verlegt werden müsse.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

SE Frau Dr. Kuch fragt, ob es eine Kostenaufstellung gäbe, welche Sanierungskosten entstünden, wenn auf die Hubschrauberlandestation verzichtet würde.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller weist darauf hin, dass der Rat die nutzungsunabhängige Sanierung der Halde beschlossen habe, die Stabilisierung also unabhängig von der Nutzung erfolge.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Fachtagung „Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf“ am 16.09.2016  
0592/2017**

Die Mitteilung wird zusammen mit TOP 6.4 unter TOP 6.1 behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.4 13. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
0678/2017**

Die Mitteilung wird zusammen mit TOP 6.3 unter TOP 6.1 behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.5 Beantwortung der mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 28.11.2016 zum TOP 1.1 zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"  
0187/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.6 A Einführung des Berufsbildes "Notfallsanitäter (in)" in Rettungsdienst und Feuerwehr Köln**

**B Nutzung des Verwaltungsgebäudes "Boltensternstraße 10" als Interim für den Schulbetrieb und für die Branddirektion während der Sanierungshochphase am Standort Scheibenstraße  
0777/2017**

RM Herr Dr. Strahl fragt, ob der Standort Boltensternstr. ein provisorischer oder ein endgültiger Standort sei und wie hoch die Kosten für das etwaige Provisorium seien.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, erläutert, dass es sich als Interim um ein Provisorium handele.

Zu den Kosten weist er auf den Punkt A der Mitteilung hin, wonach die Verwaltung zusammen mit der Technischen Hochschule Köln den Ausbau ihrer Berufsfachschule prüfen werde, um den erhöhten Aufwänden ausgewogene Kosten-Nutzen-Verhältnisse entgegen zu setzen.

Somit sei man noch in der Prüfphase und werde nach der Prüfung wissen, wie es baulich weitergehen werde.

RM Herr Dr. Strahl fragt, ob es zum Ausbau eine Alternative gäbe.

Herr Feyrer teilt hierzu mit, dass dann der Bedarf an Fachkräften anderweitig gedeckt werden müsste, dies aber mangels einer anderen Schule nicht möglich sei.

#### **6.7 Vereinfachung des Verfahrens zur Ersatzbeschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern 3453/2016**

Die Vorlage wird in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses beraten.

#### **6.8 Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen - Stand der Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.01.2017, Vorlage 2768/2016 0754/2017**

Die Vorlage wird in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses beraten.

### **7 Mündliche Anfragen**

SE Herr Dr. Theisohn berichtet vom „Runden Tisch der Altenhilfe“ am 13.03 und den dort geschilderten Schwierigkeiten, Patienten mit Pflegegrad 2 in Pflegeheimen unterzubringen. Nach seiner Aussage seien die Schwierigkeiten auch darin begründet, dass der Nachweis für die Unterbringung von Patienten mit Pflegegraden 1 und 2 durch die Sozialverwaltung der Stadt Köln erfolgen müsse und dies sich zeitlich zu lange hinziehe. Eigentlich müssten solche Entscheidungen innerhalb von 8 Tagen getroffen werden. Er fragt nun, wie die Verwaltung auf schnellere Entscheidungen Einfluss nehmen könne.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

RM Herr Paetzold fragt im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Drogenkonsumraumes nach dem in Aussicht gestellten gemeinsamen Konzept mit den Trägern.

Herr Beigeordneter Dr. Rau berichtet von einem Treffen mit allen Akteuren in der Suchthilfe, in dem eine mit Zeitplan versehene Entwicklung des Konzeptes in 4 Stufen verabredet worden sei. Man sei hier im Zeitplan.

Ein genauer Standort für den Drogenkonsumraum könne aufgrund der laufenden Vertragsverhandlungen nicht genannt werden.

Auf die Nachfrage von RM Herrn Paetzold nach dem Zeitkorridor des Konzeptes erklärt Herr Beigeordneter Dr. Rau, dass für das gesamte Konzept ein Horizont von 2 Jahren eingeplant sei. Für die erste dringlichste Etappe, den niedrighschwelligen Drogenkonsumraum werde es mit dem für den 02.06.2017 angesetzten Workshop erste Ergebnisse geben.

Dr. Unna  
Ausschussvorsitzender

Kaune  
Schriftführer